Zeitschrift für den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz

Januar/Februar 2023 = 75. Jahrgang

Jahresgruß

Liebe Leserin, lieber Leser

Im Namen der Landesleitung des dbb rheinland-pfalz und natürlich auch persönlich wünsche ich Ihnen und allen in Ihrem persönlichen Umfeld alles Gute für ein hoffentlich gesundes, glückliches, erfolgreiches und friedlicheres Jahr 2023!

Gerne hätte ich diesem Grußwort endlich wieder Leichtigkeit verpasst, aber die Zeiten sind leider erneut nicht so, dass das angemessen wäre.

Denn zum sowieso schon bestehenden Krisenmodus kam im letzten Jahr erschwerend noch der Krieg in der Ukraine hinzu – mit weiteren Aufgaben und Erschwernissen für unsere Gesellschaft, insbesondere für den öffentlichen Dienst und damit für das öffentliche Personal, also für unsere Kolleginnen und Kollegen.

Zusammen sind wir alle betroffen und im ersten Wort dieses Satzes steckt das, was mir in der schwierigen Lage und angesichts der vielen Herausforderungen weiterhin Zuversicht gibt: "zusammen".

Gemeinsam müssen und werden wir da durchkommen, davon bin ich fest überzeugt. Gerade in der starken Solidargemeinschaft eines Verbundes leistungsstarker Fachgewerkschaften im dbb sind Begriffe wie Zusammenstehen und Miteinander eingeübt und für die Mitglieder selbstverständlich.

Das hilft, wenn es gelebt wird, und das tun wir gemeinsam erfolgreich, finde ich.

Ohne unseren beherzten Einsatz hätte es seinerzeit die Streichung der traumatischen "5 x 1 %"-Minianpassungen bei Besoldung und Versorgung der rheinland-pfälzischen Landesund Kommunalbeamten 2015 nicht gegeben.

Ohne uns wäre es nicht zu der außerordentlichen "2 x 2 %"-Linearanpassung 2019 und 2020 gekommen.

Ohne uns hätte die Regierungskoalition sich die Übertragung der Ländertarifergebnisse auf die Landesbesoldung und -versorgung nicht als Verpflichtung in den Koalitionsvertrag geschrieben.

In Partnerschaft mit unserer Bundesorganisation, dem dbb in Berlin, unterstützen wir Musterverfahren vor den Verwaltungsgerichten, in denen es um amtsangemessene Alimentation bis 2021 geht. **Durch bundesweiten Druck** wird die Alimentationsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts immer weiter verfeinert. Das jüngste rheinland-pfälzische Anpassungsgesetz für Besoldung und Versorgung vom April 2022 fußt auch auf dieser Entwicklung und brachte familienbezogene Verbesserungen sowie solche für untere Besoldungsgruppen. Vergleichsangebote in deutlich vierstelliger Höhe für kinderreiche Beamte, die unsere Muster im Antragsund dann im Klageverfahren vor den Verwaltungsgerichten genutzt haben, basieren ebenfalls darauf.

Daneben läuft ein intensiver Dialog mit dem Innenministerium und der Landesregierung, der hoffentlich bald zu einer zeitgemäßen Modernisierung des Landespersonalvertretungsgesetzes führt, die diesen Namen auch wirklich verdient. Der seit Jahrzehnten andauernde Stillstand in der Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts muss durch eine umfassende Reform an Haupt und Gliedern zügig überwunden werden.

Erfolgreich gefordert haben wir im letzten Jahr eine Entsprechung zur 300-Euro-Energiepreispauschale für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Die endlich erfolgende Anhebung der Wegstreckenentschädigung und des Tagegeldes geht auch auf unser entschlossenes Fordern zurück. An dieser Dauerbaustelle bleiben wir auch weiterhin beharrlich dran.

Gleichzeitig hauen die Krisen immer weiter ins Kontor. Die Zeiten bleiben schwierig, die Aufgaben und die Arbeit im öffentlichen Dienst nehmen zu, der Personalbestand aber nicht entsprechend. Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung werden immer schwieriger.

Deshalb muss dringend alles aus dem tarif- und dienstrechtlichen Werkzeugkasten aufgeboten werden, was zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes notwendig und möglich ist!



Vor uns liegt ein Super-Tarifjahr mit TVöD-Runden für Kommunen und Bund sowie mit TV-L-Runden für den Landesdienst. Mitdenken und sicherstellen muss man dabei jeweils die gesetzliche Übertragung der Ergebnisse auf Besoldung und Versorgung der Beamten und Versorgungsempfänger, und zwar statusgruppenübergreifend und unabhängig davon, ob man aktiv im Dienst ist oder im Ruhestand. Im nächsten Jahr wird es rundgehen, man muss mit Blick auf Teuerung und Energiepreisexplosion sagen: rundgehen müssen.

Helfen Sie bitte alle tatkräftig mit, dass wir genügend Power entwickeln zur Untermauerung unserer Forderungen. Dazu gehört auch, dass wir uns sichtbar mit Demonstrationen und Aktionen (zum Beispiel aktive Mittagspausen und Mahnwachen) Gehör verschaffen.

Hierbei zählen wir auf Ihre aktive Unterstützung, ohne die es nicht geht.

Denn: Wir sind eine Mitmach-Gewerkschaft - nur zusammen sind wir stark!

2

Ahrtal-Wiederaufbau: fehlendes Fachpersonal in den Verwaltungen II

Anreize schaffen für mehr Personal

Breite statusgruppen-, verwaltungsebenen- und ämterübergreifende Ausnahmelösungen müssen her – dbb rheinland-pfalz und komba gewerkschaft erneut zu Gast

Die Kreisverwaltung in Bad Neuenahr-Ahrweiler braucht dringend mehr Personal und ist darauf angewiesen, dass bei der hohen Aufgabenlast vorhandene Kräfte an Bord bleiben. Das betonte Landrätin Cornelia Weigand in einem Gespräch mit dem dbb rheinland-pfalz in ihrem Hause am 20. Dezember 2022.

Zusammen mit dem Fachbereichsleiter Erich Seul unterstrich die Landrätin, dass die Praktiker vor Ort im Sinne von Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung sowie zur Anerkennung außerordentlich geleisteter Dienste unbedingt verwaltungsvereinfachte und großzügigere Instrumente bräuchten, um auch emotional die richtigen Signale senden zu können an das arg belastete Bestandspersonal sowie an hoffentlich zu findende Neuzugänge.

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz stimmte zu, dass eine halbe tarifrechtliche Arbeitsmarktzulage nur für bestimmte Verwaltungsbereiche und nur für bestimmtes Personal in einer unbürokratischen Varian-



dbb zu Gast in Bad Neuenahr-Ahrweiler, diesmal in der Kreisverwaltung: Fachbereichsleiter Erich Seul, dbb Landeschefin Lilli Lenz, Landrätin Cornelia Weigand, komba Landeschef Rolf Führ, komba Kreisgeschäftsführerin Hiltrud Dahr und dbb Kreisverbandschef Werner Kasel (von links).

te zu wenig sei, um an der Ahr in den betroffenen Kommunalverwaltungen "Staat machen" zu können.

Auch der dbb stelle sich vereinfachte, pauschale Lösungen vor, die nicht nur für das Tarifpersonal, sondern ebenfalls für Beamtinnen und Beamte gelten müssten. Lilli Lenz: "Belastung und Pflichterfüllung sind nicht an den Personalstatus gebunden, Tarifangehörige und Beamte haben Anerkennung für den herausragenden Einsatz verdient, den sie seit

der Katastrophe erbringen und noch viele Jahre werden leisten müssen. Da braucht man keinen formalistischen Hemmschuh, sondern praxisorientierte faire Lösungen für alle – pauschal, nicht zu knauserig und ohne kleinliche Abgrenzungen. Das wäre etwas, was allen Betroffenen hilft, gegebenenfalls nicht nur auf kommunaler Ebene."

Für den dbb Landesbund nahmen neben der Landesvorsitzenden Lilli Lenz und dem komba Landesvorsitzenden Rolf Führ vom dbb Kreisverband der Vorsitzende Werner Kasel, Hiltrud Dahr, gleichzeitig komba Kreisvorstandsmitglied, sowie dbb Landesgeschäftsführer Malte Hestermann teil.

Bereits am 18. Oktober 2022 hatte eine dbb Delegation das Ahrtal besucht und ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Kommunalverwaltungen gehabt bei der Verbandsgemeinde Altenahr und der Stadtverwaltung Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Danach hatte der Kommunale Arbeitgeberverband Rheinland-Pfalz eine Arbeitsmarktzulage in Form einer Flutzulage in Höhe von zehn Prozent der Stufe 2 der gewährten Entgeltgruppe als tarifrechtlich möglich erachtet – zusammen mit dem Landesrechnungshof bezüglich der Kreisverwaltung Ahrweiler, allerdings nur für Teilbereiche ohne Einzelfallbegründung bei Zahlung an Bestandspersonal im Tarifbereich. Die Landesregierung hatte im Gespräch mit dem dbb Mitte November signalisiert, auch eine Lösung für das beamtete Personal zu finden.

dbb Jahrestagung 2023

Starker Staat braucht verstärkte Mittel

Erster großer gewerkschaftspolitischer Aufschlag im Gewerkschaftsjahr

"Deutschland im Krisenmodus: Comeback des starken Staates?" – Unter dieser Fragestellung veranstaltete der dbb seine traditionelle Jahrestagung am 9. und 10. Januar 2023 in Köln in Präsenzform mit Zuschaltmöglichkeit. dbb Chef Ulrich Silberbach konnte nach forschem Statement für konzertierte Investitionsprogramme zugunsten des Personals, der Sachausstattung und der Digitalisierung des öffentlichen Dienstes dazu am Vormittag des ersten Veranstaltungstages insbesondere Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) begrüßen.

Die Ministerin würdigte die Leistungen des öffentlichen Personals, erläuterte ihre Vorstellungen von einem resilienten öffentlichen Dienst und verurteilte Angriffe auf Polizei sowie Rettungskräfte.

Als zu unkonkret kritisierte der Publizist Albrecht von Lucke nachmittags diesen

Vortrag und analysierte fokussiert die gesellschaftlichen Miseren, die seiner Ansicht nach der Grund für um sich greifenden Staats- und Demokratieverdruss sind, zum Beispiel mangelndes Staatsbürgerbewusstsein in Deutschland.

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Udo Di Fabio ordnete den öffentlichen Dienst als Stabilisator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein in seiner Funktion der verfassungsrechtlichen Grundlage für das öffentliche Gemeinwesen. "Personal, Mittel und Besoldung" müssten deshalb "passen". Überbordende Gesetzgebung müsse kritisch betrachtet werden.

In einer prominent besetzten Diskussionsrunde ging es anschließend thematisch um Investitionen in den öffent-

lichen Dienst, insbesondere in Krisenzeiten. Am zweiten Tag der Veranstaltung ging es in zwei moderierten Diskutanten-Panels einmal um Lösungsansätze zum Schließen der Fachkräftelücke im öffentlichen Dienst sowie anschließend um erforderliche Beiträge des öffentlichen Dienstes zur Klimaneutralität im Spannungsfeld "Energiesicherheit versus Klimakrise".

Für den dbb rheinland-pfalz nahm an der Jahrestagung teil die stellvertretende Landesvorsitzende Elke Schwabl (Bundeshauptvorstandsmitglied), zusammen mit der Landesvorsitzenden Lilli Lenz auch an den nachfolgenden Gremiensitzungen vor Ort.

durchblick

Multimediale Detailinformationen finden sich auf den Sonderseiten zur Tagung im Internet unter www.dbb.de.